



BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETE
KERSTIN CELINA
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Kerstin Celina · Maximilianeum · 81627 München

An die
Präsidentin des
Bayerischen Landtags
Barbara Stamm, MdL

Maximilianeum
81627 München
Telefon (089) 41 26-23 59
Telefax (089) 41 26-11 35
kerstin.celina@gruene-fraktion-bayern.de
www.kerstin-celina.de

München, den 25.03.2014

Antrag

der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Christine Kamm, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Ulli Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig und Claudia Stamm - Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nachtragshaushaltshaushalt 2014

Hier: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige zur Schaffung von Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte (Kap. 10 05, TG 78-79, Tit. 893)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Nachtragshaushalts 2014 wird folgende Änderung vorgenommen:
In Kapitel 10 05 wird unter der Titelgruppe 78-79 der Titel 893 „Zuschüsse für Investitionen an Sonstige zur Schaffung von Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte“ um 1.500,0 Tsd. Euro auf 5.500,0 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Die Staatsregierung hat im Doppelhaushalt 2013/2014 die im Einzelplan 13 eingestellten Investitionszuschüsse für Einrichtungen und Projekte für Menschen mit Behinderung deutlich gekürzt. Nachdem die von der grünen Landtagsfraktion aufgedeckten Mittelkürzungen zu erheblichen Protesten der betroffenen Menschen mit Behinderung und der Einrichtungsträger der Behindertenhilfe geführt haben, hat die Staatsregierung kurzfristig in einigen Titeln des Landesbehindertenplans nachgebessert. So wurden die „Zuschüsse für Investitionen an Sonstige zur Schaffung von Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte“ für das Jahr 2013 um 1.500,0 Tsd. Euro auf 5.500,0 Tsd. Euro erhöht. Im Haushaltsjahr 2014 entfallen diese Mittel wieder und der Haushaltsbetrag liegt lediglich bei 4.000,0 Tsd. Euro. Diese Kürzung ist weder bedarfs- noch sachgerecht und muss deshalb revidiert werden.

Um den in den nächsten Jahren stark steigenden Bedarf an Versorgungsstrukturen für ältere Menschen mit Behinderung decken zu können, sind die zur Verfügung stehenden Mittel des Landesbehindertenplans unzureichend. Um die bayerischen Bezirke bei ihrer Verpflichtung, die erforderlichen Einrichtungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung zu stellen, unterstützen zu können, sind zur Deckung des Handlungsbedarfs zusätzliche Haushaltsmittel des Freistaats erforderlich. Der Haushaltstitel 893 79 'Zuschüsse für Investitionen an Sonstige zur Schaffung von Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderung nach

Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte` muss deshalb im Nachtragshaushalt 2014 um 1.500,0 Tsd. Euro aufgestockt werden.

Der ‚Runde Tisch – Zukunft der Behindertenhilfe‘ hat bereits im April 2007 ‚Eckpunkte zur Versorgung älterer Menschen mit Behinderung‘ beschlossen. Um den wachsenden Betreuungs- und Versorgungsbedarf von älteren Menschen mit Behinderung abzudecken, erstellte danach jeder bayerische Bezirk ein Rahmenkonzept für ältere Menschen mit Behinderung, das auf die örtliche Versorgungsstruktur zugeschnitten ist und die weitere Bedarfsentwicklung berücksichtigt. Die sieben bayerischen Bezirke haben zunächst eine Erhebung der bestehenden regionalen Versorgungsstruktur durchgeführt. Auf dieser Basis wurden unter Federführung des Verbandes der bayerischen Bezirke regionale Rahmenkonzepte erarbeitet, die nun in der Praxis in konkreten Konzepten und einzelnen Projekten umgesetzt werden müssen. Die Umsetzung schreitet jedoch nur sehr zögerlich voran.

Inzwischen ist die UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern rechtskräftig, Inklusion unterliegt keiner Altersbeschränkung. Die Staatsregierung ist daher gefordert, die Umsetzung der Rahmenkonzepte für die einzelnen Bezirke zu beschleunigen. Auf Grundlage der vorliegenden Konzepte sollten in den jeweiligen Bezirken zügig erste Maßnahmen für die Schaffung von Plätzen und Angeboten für die Tagesbetreuung und Freizeitgestaltung älterer Menschen mit Behinderung und die Schaffung ausreichender Leistungsangebote zur Hilfe beim Wohnen ergriffen werden. Immer noch werden viele ältere behinderte Menschen nach dem Ausscheiden aus einer Werkstatt oder Förderstätte in Einrichtungen der Altenhilfe untergebracht, die auf ihre speziellen Bedürfnisse nicht vorbereitet sind. Hier müssen dringend ausreichende Wohn- und Betreuungsangebote geschaffen werden, damit behinderte Menschen auch im Alter in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können.

Margarete Bause

Ludwig Hartmann

Thomas Gehring

Christine Kamm

Kerstin Celina

Dr. Sepp Dürr

Markus Ganserer

Ulrike Gote

Ulli Leiner

Dr. Christian Magerl

Juergen Mistol

Thomas Mütze

Verena Osgyan

Katharina Schulze

Gisela Sengl

Rosi Steinberger

Martin Stümpfig

Claudia Stamm